

Walter Eisert

Politisierung

Nach der Nazi-Machtergreifung hingen nicht nur in Amtsräumen, sondern auch sonst überall, wo Leute zusammentrafen, Schilder mit der Aufschrift: „Der Deutsche grüßt mit deutschem Gruß: Heil Hitler!“ So wurde der Gruß politisch beansprucht und vereinheitlicht. Man grüßte nicht mehr einander, sondern nötigte einander zum Heilswunsch für den politischen Markennamen. Jedes Zusammentreffen von Menschen wurde so zum Anlaß und zum Zwang, dem politischen System Reverenz zu erweisen. Das politisch Maßgebliche sollte in jedem Zusammentreffen allgegenwärtig sein. Ich sah das Grußvorschriftsschild zwar nie in Privatwohnungen; aber ich kannte Familien, in denen auch die Familienmitglieder einander mit „Heil Hitler“ grüßten. Damals gab es auch keine Baustelle, an der nicht ein Schild angebracht war mit der Aufschrift: „Daß wir hier bauen, verdanken wir dem Führer.“ So mußte jede Arbeit dem Nationalsozialismus zugeschrieben werden. Neben den genannten Schildern war noch ein anderes allenthalben angebracht: „Die Juden sind unser Unglück.“ So war deutlich verordnet, wer für alles Schlimme verantwortlich sein mußte, und so war auch die Feindschafts- und Hassenspflicht für alle festgelegt.

Ich wurde 1933 neun Jahre alt und bin im Nationalsozialismus aufgewachsen. Ich kann bedrängende Erinnerungen daran nicht vergessen: Ideologismus, Monismus der Staats- und Parteimacht, Funktionärswirtschaft, Gesinnungszwang, Entprivatisierung der Lebensorientierung und des Lebensstils, kollektivistischer Öffentlichkeitszwang mit seiner Indiskretion und Intimitätsfeindlichkeit, Wertblindheit für alles Nichtpolitische, für die Unmittelbarkeit der konkreten, individuellen Menschenbegegnung und Sacherfahrung. Überschwemmung aller Lebensbereiche mit aufgezwungener Politik bestimmte einförmig und durchgängig das öffentliche Leben, alles Geredete und Geschriebene und den gesamten Alltag.

Das sind für mich markante Erinnerungen an eine politisierte Zeit, und sie bedrängen mich neu, wenn ich sehe, wie energisch wir wieder einer Machtergreifung zugesteuert werden sollen, die mit Anfeuerungs- und Schlachtrufen der Politisierung agiert.

Es ist für eine lebendige und entfaltungsfähige Demokratie notwendig, daß die politischen Faktoren gesellschaftlichen Geschehens bewußtgemacht und daß die Bürger zur Teilnahme an ihrer Regelung aufgerufen werden. Denn Mangel an politischem Bewußtsein und politischer Aktivität verursacht Funktionsschwächen und Deformierungen im demokratischen Gemeinwesen. Politik spielt überall in Leben und Gesellschaft eine Rolle. Aber zur Methodisierung und zur Menschlichkeit der Politik gehört es, daß sie

sich nicht als Substanzgrund und nicht als Zweck von Leben und Gesellschaft aufspielt. Zur politischen Auseinandersetzung gehört auch das Ringen um die Begrenzung der Politik, und zur Wahrung freiheitlicher Politik gehört die Abwehr gegen Totalansprüche der Politik.

Früher war dem Menschen, wenn er um sich sah, ein Lebensraum gegenwärtig, der in weit zurückreichenden Traditionsfolgen geworden war. Der Mensch sah sich mitsamt seinem Kulturraum in die umgebende Natur hineingewachsen und erlebte sich von den Lebensrhythmen der Natur abhängig und geprägt. Natur stand als Ausweichraum und Hilfsquellenvorrat zur Verfügung. Sie war auch als Ort von Erfahrungen gegenwärtig, der dem Leben Marken und Maße setzte und nicht zuließ, daß die Gesellschaft sich als selbstverdankt und sich selbst genügend verstehen konnte.

Nun stoßen die Menschen überall an andere Menschen und an von Menschen verursachte und trotzdem undurchschaubare technische und gesellschaftliche Gebilde. Die Zukunft wird uns noch mehr mit Problemen bedrängen, und das bei schwindenden Hilfsquellen. Bedrohungs- und Versäumnisängste nehmen zu. Da wir aufgrund des Fortschritts der Wissenschaft an die Bewältigung technischer Schwierigkeiten gewöhnt sind, fordern wir baldiges und glattes Funktionieren; aber wir können für unsere gesellschaftlichen Schwierigkeiten schlechter als bei technischen Problemen Verfahren der Steuerung, der Verständigung und der Einigung finden. So schwindet, während Besonnenheit nötiger wäre als je, das Vertrauen auf produktive, störungsarme und angenehme Kooperation. Angst, Ratlosigkeit und Enttäuschung mischen sich mit dem Drang, das alles zu entladen, und man gerät in Erregungszustände, in Empörung, in Aggressivität.

Psychotische Zustände im Zueinander und Miteinander lenken die Erregungen dahin, wo der Streit um Prinzipien und der Kampf um Einfluß ihren Generalnenner finden. Man flüchtet in die Politik, genauer, in ihren allgemeinen und grundsätzlichen Aspekt: den Streit um die Machtergreifung von gesellschaftsbestimmenden Prinzipien. Die an Aufgaben orientierte, konkret detaillierte Politik verlangt Gelassenheit, Realismus und unterscheidende Rationalität. Aber zur Forcierung einer Politik der Prinzipien, Parolen und gesamtgesellschaftlichen Formeln scheint Aufgebrachtheit eine befeuernde und ausreichende Ausstattung zu sein. Und erstaunlicherweise wird Ereiferung oft als Engagement hochgelobt, auch wenn sie sachleer und selbstgerecht ist und Realitäten verachtet. Ereiferung, die sich im Verurteilen anderer und im Fordern an andere erschöpft, wird oft als moralisch deklariert. Wenn sich die Meinung verbreitet, kämpferische Einstellung und Parteilichkeit seien bereits eine Leistung politischer Verantwortung, kann schließlich eine Vorstellung von Politik Geltung gewinnen, der ihr Grund und ihre Grundbedingung verlorengegangen ist: die Gemeinschaftlichkeit und die Bereitschaft zur Verständigung, die bei jeder Auseinandersetzung der Interessen und Auffassungen bleiben muß.

Konfliktfetischismus

Wenn Politik aber nur als Kampf um die Herrschaft über die Gesellschaft gesehen wird, und wenn in Gesellschaft und Politik nur die Durchsetzung der Herrschaft als relevant gilt, wenn gar darüber hinaus jedes gesellschaftliche Geschehen als von Herrschaft und Unterwerfung bestimmt betrachtet wird, dann wird die gesamte Gesellschaft auf Politik und diese auf Kampf um Macht und Einfluß verkürzt.

Der Politisierungsanspruch bedient sich gern der Demokratisierungs-Formel. In der Forderung nach „Demokratisierung“ wird die hohe Schätzung demokratischer Freiheiten und Lebensformen angesprochen. Demokratie wird hier aber auch leicht zu einer Kampfformel verkürzt, die geeignet ist, demokratische Werte aus dem Bewußtsein zu drängen und die Alleinherrschaft kämpferisch-politischer Gesichtspunkte und Umgangsweisen durchzusetzen. Mit einer Forderung, die keine Begründung zu brauchen scheint und kaum die Frage nach Art und Ergebnis der beabsichtigten Demokratisierung beachtet, wird die Verständigung (die ein Grunderfordernis der Demokratie ist) darüber, was die Demokratie inhaltsreich, fruchtbar und wertvoll macht, leicht übergangen. Wenn „Demokratie“ zum Ereiferungssignal verkürzt wird, wird nach Inhalt und Grenzen der Demokratie nicht mehr gefragt. Der Schutz, den sie durch das Recht und durch die Verteilung und Begrenzung von Macht gewährt, wird nicht mehr beachtet. Mit der Forderung nach Demokratie kann Machtergreifung betrieben werden, die die Demokratie aufhebt. Heute, wo überall Machtstreben vermutet wird, sollte man auch bei Befreiungs- und Demokratisierungsrufen die Wachsamkeit gegen Machtstreben nicht vergessen.

Wenn Politisierung sich als durchgängig bestimmendes Prinzip durchsetzt, darf in keinem gesellschaftlichen Vorkommnis mehr die Besorgung einer Einzelaufgabe gesehen werden. Alles muß so gedeutet und betrieben werden, daß es um die Frage der „richtigen“ Gesamtherrschaft über die Gesellschaft und um die Durchsetzung dieser Herrschaft in jedem Lebensvollzug geht. Nach dieser politisierenden Auffassung muß gesellschaftliches Tun immer darauf hinauslaufen, Positionen in diesem Kampf zu erringen und zu verteidigen. Politisierung macht dann aus allem einen Kampf um die Bestimmung des Ganzen und aus jedem einzelnen Vorfall einen Teilvollzug dieses Kampfs. Parteilichkeit beherrscht den Umgang der Menschen miteinander und zwingt sie in sich ausschließende, vertrauens- und einigungsunfähige Gruppen. Wer sich gegen solche Vereinnahmung jedes Gesellschaftsvorgangs in die totale Politisierung wehrt, wird eben deshalb der falschen Parteinahme bezichtigt.

Es ist das Bestreben einer politisierenden Gesellschaftsauffassung und Politik, daß in allen Sach- und Lebensbereichen festgelegte Machtinteressen Stellung beziehen und so gegeneinander treten, daß an jeder Frage Positionskonflikte organisiert werden können. Diese Konflikte sollen aber nicht zu pragmatisch ausgehandelten, sachbestimmten Lösungen führen, sondern sich als schemabestimmte Konfliktkonfektion zeigen, die Parteiungsformeln bestätigt und verfestigt.

Es gibt ein Betreiben von „Demokratisierung“, das darauf ausgeht, in allen Sachbereichen die Auseinandersetzung um Herrschaftsanteile zu institutionalisieren. Entscheidungs- und Diskussionsaspekte, die nicht parteilich-prinzipiell orientiert sind, werden abgebaut. Regelungen, die aufgrund von Sachüberlegungen und Sachzielen zustande kommen, treten zurück. Die Politisierung nach dem Konfliktmodell ist bestrebt, Konflikt und Gegnerschaft als Grundfigur der Politik, ja des gesellschaftlichen Verhaltens überhaupt hinzustellen. Das Gegeneinanderstehen und das Hineingezwungenwerden in Parteienungen soll alle anderen Möglichkeiten der Begegnung, des Austauschs und des Miteinanderlebens überwuchern.

Aber nicht einmal Streit ist möglich, wenn sich die Gegner nicht verständlich machen können. Selbst Eiferer, die Haß als eine Tugend pflegen, müssen Spielregeln für ein Mindestmaß an partnerschaftlichem Verhalten wenigstens so lange einhalten, als mit Gegnern noch politische Auseinandersetzung geführt werden soll. Daß aber auch zur Politik nicht nur die Auseinandersetzung gehört, sondern wesentlich grundlegender die Verständigung, und daß es eine soziale Perversion ist, die Auseinandersetzung nicht zur Verständigung, sondern zur Vernichtung zu benutzen, muß gegen den Konfliktfetischismus leider eigens betont werden.

Eifernden Konfliktstrategen ist es unerwünscht, wenn Menschen sachbestimmt zusammenwirken. Sie müssen es als ihrem Ziel abträglich ansehen, wenn Menschen in Tätigkeiten und Gruppierungen heimisch werden, die nicht von Herrschaft und Streit bestimmt sind, und sich nicht gegen ihre Lebensumstände aufwiegeln lassen wollen. Sachorientierte, nichtpolitische Kooperationsgruppen können Erfahrungen vermitteln, die die Bereitschaft zum Kampf und zum politischen Aktionismus dämpfen. Diese friedlicheren Erfahrungen können nicht deswegen, weil sie den Kampfeifer für politisierende Ziele dämpfen, als unwirklich hingestellt werden. Verträglichkeit ist nicht jedesmal täuschende Verschleierung, sondern eine soziale Grunderfahrung, die weit dringlicher und umfassender ist als der politisierende Kampf. Das alle Auseinandersetzungen übergreifende Ziel der Politik ist die Sicherung und Gestaltung des Friedens. Wenn alles Nichtkämpferische, Nichtpolitische als herrschaftserhaltend diffamiert wird, so muß man die Frage entgegenhalten, ob diese Verteufelung nicht selbst Herrschaft betreibt, nämlich die Unterwerfung des Lebens unter die Politik. In einer durchpolitisierten Gesellschaft wäre in Wirklichkeit gar nichts zwischen unbefangenen an Sachen herantretenden Menschen austragbar, sondern müßte sich unter den Schablonen und Ritualen der politischen Organisation abspielen.

Politisierungstechniken

Organe der staatlichen Ordnungsausübung und Verwaltung sind dann demokratisch verfaßt, wenn sie dem politischen Willen der Gesamtheit gemäß funktionieren und die Menschenrechte garantieren. Nicht ihre Eigenmächtigkeit in Beratungen und Entschei-

dungen, sondern ihre Bindung an die Gesetze und an den Willen der Gesamtheit macht sie zu demokratischen Organen. Sie unterstehen deshalb den Gesetzen, die das Parlament erläßt, und der Regierung, die vom Parlament beauftragt und kontrolliert wird. Es wäre geradezu ein Angriff auf die Demokratie, wenn etwa die Beamten eines Postamts beraten und beschließen würden, wem und wie die Post zugestellt werden soll, oder wenn Polizeibeamte entscheiden dürften, wen sie schützen und wem sie Ordnungswidrigkeiten verwehren wollen. Ein Ministerium, dessen Angehörige demokratisch entscheiden wollen, wie regiert wird, wäre kein demokratisches Ministerium.

Gewisse Politisierungstendenzen erstreben aber durch eine Schein-Demokratisierung die Zellenbildung eines gegen die gesamtgesellschaftliche und rechtliche Verfassung eigenmächtig eingreifenden Willens. Sie tendieren dazu, die Funktion der Exekutive und der öffentlichen Dienstleistungen zu blockieren oder sie gegen den Gesamtwillen umzulenken. So gibt es Forderungen nach politisierender Polizeiausbildung mit dem Ziel, Entscheidungen der Polizeibeamten nach politischen Formeln gegen die Gesetze und die Weisungen der rechtmäßigen Behörden herbeizuführen.

An Universitäten sind scheindemokratische Politisierungsforderungen geläufig geworden. Jedwede Zusammenkunft wird als politisierbar angesehen und kann als Beratungsversammlung und Initiativorgan für politische Entscheidungen und Aktionen benutzt werden. Es wird als selbstverständlich ausgegeben, daß jede wie auch immer zustande gekommene Versammlung Beschlüsse mit Anspruch auf sofortige Realisierung fassen kann. Daß in Seminaren diskutiert wird, ob sie stattfinden sollen, welche Inhalte fachlicher oder nichtfachlicher Art sie haben sollen, wer im Seminar das Wort haben soll, was der für die Veranstaltung Verantwortliche tun soll oder nicht tun darf, das alles gilt als entscheidbar durch Beratung und Beschlußfassung der Anwesenden. Dieses Verfahren führt jedoch weniger zur Demokratisierung als zum Putschismus zugunsten von Aktionisten, wie an manchen Hochschul-Politisierungspraktiken abgelesen werden kann. Durchsetzungsmittel dieser Politisierung sind „Vollversammlungen“, „imperatives Mandat“, „kritische Öffentlichkeit“ und „Basisgruppen“.

Vollversammlungen

Vollversammlungen sind trotz ihrer allzuviel versprechenden Bezeichnung nicht das, was sie beanspruchen. Die Vollversammlung scheint unmittelbare Beteiligung aller zu ermöglichen. In Wirklichkeit wehrt gerade die Ungefügigkeit, die eine echte Vollversammlung haben müßte, alle die ab, die nicht vorwiegend politische Interessen haben. Denn wenn alle Betroffenen an der Willensbildung teilnähmen, entstünde ein unerträglicher Aufwand. Alle wären in einer kaum überschaubaren und nur schwerfällig handlungsfähigen Versammlung so lange beansprucht, bis die Vollversammlung ans Ziel ihrer Beratungen kommt. Da alle Beteiligten Antrags- und Diskussionsrecht haben, kann die Erreichung dieses Ziels von einer hartnäckigen Minderheit fast beliebig hin-

ausgeschoben werden. Und von der nächsten Vollversammlung kann alles Beschlossene wieder umgeworfen werden. Der einzelne Teilnehmer muß dann erkennen, daß seine Teilnahme in keinem Verhältnis zu seinem Anteil an der Entscheidung steht, und so bleibt jeder weg, der auch andere Aufgaben hat. Die Vollversammlung tagt weiter, die Stimmen derer, die nicht oder nicht mehr anwesend sind (und die in einer repräsentativen Versammlung sehr wohl durch Leute ihres Vertrauens vertreten werden könnten), fallen bei der Entscheidungsbildung aus. Die Vollversammlungstechnik macht die Gültigkeit von Beschlüssen unsicher. Man kann sich nicht mehr darauf verlassen, daß einmal Beschlossenes für eine vereinbarte Dauer gültig bleibt. Wenn Vollversammlungen darüber hinaus Allzuständigkeit beanspruchen, gibt es nichts, das nicht jederzeit dem Zugriff eines solchen Gremiums ausgesetzt wäre. So wird die Allgegenwart des Politischen mit dem Ausgeliefertsein und der Unterwerfung des Nichtpolitischen bezahlt und führt dazu, daß die Politisierer über die Interessen der anderen verfügen, das heißt Gewalt ausüben.

In Vollversammlungspraktiken ist persönliche Verantwortung nicht mehr möglich. Mehrheitsbeschlüsse haben Folgen, aber keiner muß dafür einstehen. Es gibt keine Kontinuität von Zuständigkeiten, Funktionen, Mandaten, schon gar nicht eine durch die Verlässlichkeit und Gestaltungskraft einer Person geprägte Amtsführung. Polit-Technologie überspielt Persönlichkeit und persönliche Ansprechbarkeit. In politisierten Gremien entsteht ein Defizit aller Möglichkeiten der nichtpolitischen Entfaltung und Begegnung. Politokratie will alle Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsbereiche in dieser Weise erfassen. Sie droht auch diese Bereiche zu entpersönlichen und zu entsachlichen. Berufswahl als Entscheidung für einen Sach-, Kompetenz- und Verantwortungsbereich, die Entfaltung eigener Gestaltungskraft in der Übernahme einer speziellen Aufgabe ist bisher ein Weg auch für den nichtpolitischen Menschen, persönliche Erfüllung zu finden und gesellschaftliche Achtung zu gewinnen. All das gerät unter den Zugriff der Politisierer. Die sachlich Zuständigen werden der Macht der sachlich Unzuständigen ausgeliefert.

Zur unpersönlichen Struktur des politokratischen Herrschaftssystems gehört auch das imperative Mandat. Es schließt Selbstverantwortung und Entscheidung aus Sacheinsicht und aus Gewissensgründen aus. Der Beauftragte bleibt jederzeit von der Vollversammlung seiner Gruppe abhängig. Er kann in keiner Beratung von sich aus für etwas eintreten, denn er muß stets die Rückbindung an seine Auftraggeber herstellen. Eine praxiskundige Sachverpflichtung, eine von der Solidität einer Person getragene Haltung wird dadurch unmöglich gemacht.

Häufig sind Vollversammlungen auch für Außenstehende zugänglich, die Einfluß nehmen, mitberaten und mitbestimmen können. Diese Unbekümmertheit um Abgrenzung nach außen hebt den Anspruch auf Repräsentation der Gruppenangehörigen auf. Eine solche Zusammenkunft kann nur die gerade Hergekommenen repräsentieren. Gegenüber der Gesamtheit hat sie keine qualifizierten Ansprüche und keine Legitimation. Wo solche Methoden zum System werden, nennt man die von außen dazu Kommenden

gern „kritische Öffentlichkeit“. Mit dieser Bezeichnung pocht man auf echte demokratische Ansprüche: Kenntnis zu haben, Meinung zu bekunden, Anteil zu nehmen und Rechenschaft zu fordern. Doch durch die Einmischung nicht zur Gruppe Gehörender wird die Kompetenz von beratenden Versammlungen aufgehoben. Was sich den Anschein von „Offenheit für die Entscheidung aller Dazugehörigen“ gibt, erweist sich dann als Auslieferung des Gemeinwesens an Aktionisten, die sich Zutritt verschaffen und sich einmischen.

Basisgruppen

Dies wird noch deutlicher, wenn man die Technik der sogenannten Basisarbeit betrachtet. Die Vollversammlungen werden von einer entschlossenen und organisierten Gruppe beherrscht, die durch ihre unermüdliche und alle anderen erschöpfende Aktivität die Versammlungen einberuft, Aufgaben und Ziele bestimmt und schließlich ihre Absichten durchsetzt. Wenn das Spiel eine Weile läuft, funktioniert die Vollversammlung als Applauspublikum und Sympathisantenschar der Basisgruppe. In einer Basisgruppe sind, ihrem Zweck und ihrer Situation nach, diejenigen die Stärksten, die totale Politik machen und mit Einseitigkeit und Unbedenklichkeit Sachfragen lediglich nach ihrer Verwertbarkeit für die Politik ausschachten. Eine Herrschaft solcher Gruppen wäre der Zusammensetzung, der Absicht und der Verfahrensweise nach wenig demokratisch, sondern eher terroristisch.

Auch die Parteien als die verfassungsmäßigen Träger der politischen Willensbildung sind vor dem Zugriff entschlossener Gruppen nicht geschützt. Parteien haben im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung keine große Mitgliederzahl. Es bedarf also nicht besonders vieler Aktionisten, um mit Politisierungsmethoden einen Ortsverband zu beherrschen, dann dessen Repräsentanz in einem höheren Parteigremium zu besetzen und für die Mandate zu kandidieren, die von der Gesamtheit der Bürger gewählt werden. Da die Parteien die politischen Kandidaturen vergeben, kann in einer von Basisgruppen durchgesetzten Partei nur der Kandidat werden, der diesen genehm ist. Er bleibt auf Wiederwahl angewiesen, muß also der Basisgruppe gefügig sein. Wenn die von den Basisaktivisten überspielten Parteimitglieder sich selbst und andere beschwichtigen und den Wählern versprechen, die Partei werde ein weites Spektrum von Lebensinteressen schützen und fördern, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die Wähler ihr Vertrauen an Kandidaten delegieren, die in Wirklichkeit nicht mehr demokratische Politik machen, sondern die politischen Einrichtungen der Demokratie zum Politisierungsputsch benutzen wollen.

Nach dem Grundgesetz ist der politische Mandatsträger – von einer Partei präsentiert, aber von der Mehrheit der Bürger gewählt – nur seinem Gewissen verpflichtet und nicht an Weisungen gebunden. Er hat also für die Interessen aller Bürger, für Verfassung, Gesetze und Gemeinwohl einzutreten. Als Beauftragter der Basisgruppe aber

kann er weder in seinem Gewissen, noch in der Verfassung und den Gesetzen, noch in der Einsicht in Sachbedürfnisse, noch in der Bemühung um das Gemeinwohl Orientierung suchen. Er muß den Prinzipien und den Formeln folgen, auf die die Basisgruppe orientiert ist. Er ist nicht Person, sondern Werkzeug der Gruppe. Er wird zum Vollstrecker der Herrschaft, von der er abhängt, und das auch gegen die Gesamtheit der Gesellschaft. Unter solchen Umständen sind Mandatsträger nicht der Gesamtheit der Bürger und nicht einmal ihren Wählern zugeordnet, sondern nur den Aktionisten, die die Partei für ihre besonderen Herrschaftsziele benutzen. Auf diesem Weg übt eine versteckte und anonyme Minderheit eine Herrschaft aus, für die niemand zur Verantwortung gezogen werden kann, die Herrschaft des Prinzips der Politokratie.

Unter solchen Umständen wird Verfassung zu einem Unbegriff. Verfassung meint verlässliche, bleibende Festsetzung und Zusicherung von Bedingungen, die dem Leben Raum geben. Hier herrscht hingegen nur das Politische. Andere Lebensvollzüge werden von der Politik aufgezehrt. Die Gesellschaft ist jederzeit den Räten ausgesetzt, die eigentlich weder etwas raten noch beraten, sondern dafür sorgen, daß Sachangelegenheiten auf politische Formeln umgerechnet und nach diesen organisiert werden.

Die politökonomische Politisierung definiert Gesellschaft nach (vulgär-)marxistischen Dogmen. Dieser Dogmatismus legt an Welt, Mensch und Gesellschaft die bekannten vereinfachenden Formeln an: die Gesellschaft soll ausschließlich von den Produktionsverhältnissen bestimmt sein. Sämtliches Geschehen in der gegenwärtigen „kapitalistischen“ Gesellschaft sei von dieser Herrschaft des Kapitals geprägt und deswegen klassenbestimmt. Das totale, alles bestimmende Prinzip ist der Klassenkampf. Damit Selbstentfaltung und Mitmenschlichkeit möglich seien, müsse Gleichmäßigkeit im Besitz – oder genauer: im Nichtbesitz – der Produktionsmittel hergestellt werden. Durch die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum werde die Abhängigkeit der Menschen, ihre Entfremdung, aufgehoben.

Das muß allerdings zuerst erkämpft und dann gesichert werden. Damit die Menschen nicht falsch beherrscht werden und nicht ihrer „wahren“ wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Bestimmung entkommen, ist noch viel mehr als in jeder bisherigen Politik die Herrschaft von Polit- und Ideologiefunktionären nötig, die für die alleinige Gültigkeit der richtigen Prinzipien sorgen. So wird durch die vorgegebene totale Befreiungsbedürftigkeit die Handhabe geschaffen, die den Politokraten den Zugriff verschafft, die Menschen auch in Beruf und Privatleben total auszurichten.

Man sieht, wie sehr der Totalanspruch geistiger, wirtschaftlicher und politisch-sozialer Beherrschung die verleumderisch unterstellte Totalkorruption von Geistesleben, Politik und Wirtschaft als Begründungskonstruktion braucht. Die angebliche Totalbeherrschung fordert die Totaleinmischung der Befreiungsstrategen. So wird deutlich, wem hier der Klassenkampf nützt und wem die angebliche Befreiung freie Entfaltung verschaffen soll.

Kritik der Politokratie

Der Anspruch, alles in eine politische Totalperspektive einzusehen, ist deswegen ein Angriff auf das Leben, weil Politik nicht Selbstzweck sein kann. Jedes gesellschaftliche Geschehen hat auch einen gesundheitlichen Aspekt; trotzdem wird kein Totalbestimmungsanspruch der Ärzte erhoben. Jedes Gesellschaftsgeschehen hat einen Lern- und Erziehungsaspekt; wollten aber die Pädagogen einen Totalerziehungsanspruch anmelden, so würde Erziehung in Politik verkehrt, wie ja in der Tat manche Erziehungsgagitatoren eine Erziehungsdiktatur anstreben. Jedes gesellschaftliche Leben hat einen transzendenten, religiösen Aspekt; die Herrschaft der Kirche über die gesamte Gesellschaft ist beseitigt – soll sie abgelöst werden von der marxistischen Glaubensdiktatur? Die Wucherung eines Aspekts und die Verkrebsung des ganzen Weltbilds und Gesellschaftslebens durch den Mißwuchs eines Teilgesichtspunkts haben die Nazis demonstriert: es gelang ihnen, daß alles auf die Gesichtspunkte des Rassismus, des Nationalismus und der Führer-Gefolgschaftsformel gebracht wurde. Daß dieser Wahn grotesk wirklichkeitsfremd, vernunftfeindlich und unmenschlich war, ist *heute* jedem deutlich.

Die Behauptung, man müsse überall verschleierte Herrschaft beseitigen, kann mißbraucht werden zur Einführung einer unverschleierte Herrschaft von Politokraten. Übersteigerte politisch-kämpferische Aufregungen, die zur Verleumdung der Realität, zum Verlust abwägender Besonnenheit und zu selbstvergessener Eiereiferung führen, sollen dann die Menschen bereit machen für die Preisgabe nichtpolitischer Lebenswerte und Bedürfnisse.

Zur politischen Freiheit gehört die Freiheit der Wahl des beruflichen, mitmenschlichen und persönlich-individuellen Engagements. Selbstverwirklichung geschieht wesentlich dadurch, daß der Mensch selbst seine Zuwendungen und Bindungen bestimmt, und daß er Dinge unterscheidet, die er zu seiner Sache macht, von solchen, in denen er nicht seine Aufgabe sucht. Wer in der Politik nicht seinen dringendsten Selbstverwirklichungsbereich sucht, darf nicht zum Ausbeutungsobjekt der Politokraten werden. Es muß nicht jeder Bürger das für aufregend halten, was Politagitatoren wichtig ist. Daß diese weithin lebensblind sind, kann man schon an dem denkbegrenzten und monomanischen Jargon politisierender Verlautbarungen ablesen. Das unpolitische Leben, die sachlichen und produktiven Betätigungen sind zu schade, um Machtstrategen als Beute zu dienen.

Darum dürfen wir keine totale, alles vereinnahmende Konzeption von Gesellschaft und Politik über uns bestimmen lassen. Gesellschaftsleben läßt sich nicht auf Spruchbandparolen bringen. Aber es ist sehr zu fürchten, daß ein paar platte Politformeln unser Leben zu bestimmen beanspruchen und die wirklich orientierungsfähigen Erfahrungen verstellen. Ein auffälliger Zug der Nazis war ihr Kulturbourgeoisismus bei gleichzeitiger fanatischer politischer Aufgeladenheit. Das sollte uns warnen. Wir sollten uns nicht durch monomanische Aufgeregtheit die Spannweite und Offenheit der Erfahrungen und Wertempfindungen verengen lassen.

Was erfahren wir von Leuten, die um die Politisierung eifern, über die Achtung von Sach- und Sachhaltungsbereichen, die nicht vorwiegend politisch dirigiert werden müssen? Was über die Gewährung freier und gesicherter Entfaltung für alle die Gruppierungen, die ohne politische Vormünder, ohne politische Zielsetzungen und Kampfstellungen ihr Zusammenleben gestalten? Durch die Reichhaltigkeit, Verschiedenartigkeit und Wandelbarkeit ihrer Lebensformen bringen sie der Gesellschaft erst die belebende Vielfalt, die eine Gemeinschaft von Menschen über das Politschema hinaus auszeichnet. Was sichert uns in einer Politokratie vor Konflikthetze, vor Parteilungs- und Solidarisierungsnötigungen mit ihren Gesinnungsforderungen und Haßverpflichtungen, vor Schematisierung der Politik und des zwischenmenschlichen Umgangs? Kann man Selbstbescheidung der Politansprüche erwarten, wenn sie alle Interessen und Bedürfnisse kontrollieren und verwalten sollen? Werden wir nicht in einer Politokratie mit ihrer Prinzipienherrschaft erst wirklich in eine unaufhebbare Klassenteilung geraten, in der die Klasse der Politakteure denen gegenübersteht, die von ihnen beherrscht werden? Aus dem Nationalsozialismus kenne ich diese Zweiteilung der Gesellschaft noch gut – und ich muß mich daran erinnern, weil ich Zeichen ähnlicher Machtansprüche sehe, die wie damals unter dem Zeichen der Befreiung durchgesetzt werden sollen. Damals ging es angeblich um die Befreiung von der Judenherrschaft. Keine Übertreibung war zu groß, um die totale nationalsozialistische Durchdringung aller Lebensbereiche zu fordern.

Die Tendenzen der Totalpolitisierung entspringen nicht immer einem bewußten Machtstreben. Sie kommen auch aus einem gutgemeinten politischen Missionarismus, der keinem Lebensbereich die Segnungen politischer Kontrolle vorenthalten will, aber dabei in Blickverengung gerät. Ich fürchte, daß Mensch, Gesellschaft und Politik, Recht, Kultur und Wirtschaft Schaden leiden, wenn die Vereinfacher der Politisierung Feld um Feld besetzen. Es geht dabei nicht in erster Linie um die Besetzung politischer Positionen. Es genügt, daß diese Auffassungen die öffentliche Diskussion beherrschen und das Bewußtsein der Zeitgenossen prägen; so wird das Empfinden für nichtpolitische Werte und deren Schutzbedürfnis vernebelt. Bürger, die dem politisierten Zeitgeist weniger ergeben sind, werden gegenüber der Vorherrschaft des Politischen in ihrer kritischen Argumentation unsicher. Was man kaum zu bereden pflegte, weil es selbstverständlich schien, wird nun nicht genügend verteidigt. Darum ist es Zeit, die Strategien der Politisierung zu durchschauen.

Es klingt nicht gerade optimistisch progressiv, was hier warnend vorgebracht wird. Der Verdacht, hier äußere sich Angst vor Veränderung, muß in Kauf genommen werden, wo es so viel Politbewußtsein und so wenig Aufmerksamkeit für das Schutzbedürfnis nichtpolitischer Lebensbereiche gegen politisierende Übergriffe gibt. Deshalb die Warnung vor einer politischen Totalverwaltung des Lebens. Es geht nicht darum, ein unpolitisches Dasein zu erträumen oder den Einfluß von Macht und Machtstrukturen in allem menschlichen Geschehen nicht wahrhaben oder nicht demokratisch regulieren zu wollen.

Eine Gesellschaft ist um so demokratischer, je mehr sie zur Zusammenarbeit und zur Lösung der Probleme auf dem Weg der Vereinbarung bereit ist. Solche Haltungen brauchen differenzierte rechtliche Ordnungen und Verfahrensweisen. Die primitive Politisierung hingegen möchte alle Partner in feste, unversöhnliche Alternativen zwingen. Sie scheint kaum eine andere Entscheidungsfindung zu kennen als die politisch konfektionierte Debatte mit festen Fraktionspositionen. Der Demokrat kennt den Konflikt und die Differenziertheit der Interessen, er kennt den Reichtum von Spannungen, die eben nicht in unvereinbare Widersprüche umgelogen werden sollten. Konflikte können nur dann ausgetragen werden, wenn man sie nicht politisch vereinfacht.

Zur demokratischen Politik und zum Leben in der Demokratie gehört die Fähigkeit, sich von Politik und von Interessen lösen zu können. Humorlose Verbissenheit ist ein Zeichen politokratischer Verkrampfung. Demokratischer Gemeinsinn ist begründet in dem Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit aller, des Selbstwerts eines jeden und des höchsten Interesses aller an friedlichem, rechtlichem, gesichertem und wohlwollendem Zusammenleben. Zum Gemeinsinn gehören die Fähigkeiten, von sich selbst und dem selbstgewählten Engagement absehen zu können, die Heiterkeit dessen, der sich und den anderen Gutes zutraut und doch auch weiß, wie wenig wir der Machbarkeit unserer Verhältnisse sicher sein können. Wer für nichtpolitische Bereiche und für nichtpolitisches Verhalten keinen Raum läßt, dient nicht den wahren Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaft.